

1Antragsteller: SPD Ortsverein Wehlheiden

2Adressaten: SPD Bezirkspartei, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

3Betreff: Kasseler Manifest

4Der SPD Unterbezirksparteitag, Stadt Kassel, am 6. April 2019 möge
5folgende Grundsätze und Thesen beschließen:

6

7I.

8Die SPD war und ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit!

9Soziale Gerechtigkeit bedeutet:

10

11 - das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und
12 Erwachsenen an gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen
13 Prozessen und Entwicklungen unabhängig vom persönlichen Einkommen.
14 Der Staat muss seine Bürger und Bürgerinnen vor strukturell bedingten
15 Notlagen schützen und bei biografischen Bruchstellen Hilfsangebote machen,
16 um seinen Bürgern und Bürgerinnen eine gleichberechtigte Teilhabe am
17 gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dies ermöglicht soziale Sicherheit
18 und damit sozialen Frieden.

19

20Die Herstellung und Aufrechterhaltung sozialer Gerechtigkeit bedeutet dabei auch
21direkt den Schutz von Demokratie und Rechtsstaat.

22

23II.

24Weltweit und auch in Deutschland werden die Reichen immer reicher und die Armen
25immer ärmer und die Mittelschicht verliert strukturell betrachtet an Einfluss, denn auf
26einen Beitrag der Mittelschicht zur wirtschaftlichen Wertschöpfung können die
27Reichen zunehmend verzichten; wenn nämlich die Mittelschicht wirtschaftlich durch

1

1

2

28 Digitalisierung, künstliche Intelligenz und immer weitergehende voll automatisierte
29 Produktionsprozesse zunehmend entbehrlich wird und damit wirtschaftlich und
30 politisch an Bedeutung verliert.

31

32 Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist daher alles andere als überholt und muss
33 heute und zukünftig mehr denn je zum Ziel haben, diejenigen die strukturell gesehen
34 keine oder nur eine schwächere wirtschaftliche Bedeutung haben, dennoch zu
35 gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Teilhabe an der Macht zu befähigen.

36

37 Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang auch ein Einsatz
38 zur Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaat, denn wie nie zuvor ermöglicht der
39 sogenannte technische Fortschritt potenziell heute schon eine totalitäre Kontrolle
40 aller Lebensbereiche und spielt damit antidemokratischen und autoritären
41 Strömungen in die Hände.

42 Wir leben in einer Zeit, in der die dunkelsten Visionen einer totalitären Zukunft sich
43 als gefährliche Alternativen einer gesellschaftlichen Entwicklung am Horizont immer
44 klarer abzuzeichnen beginnen.

45 Regelbrecher wie Trump, Putin und Orbán weisen unter dem Applaus ihrer willigen
46 Helfershelfer in allen Teilen der Welt den Weg in diese Richtung.

47

48

49 **III.**

50

51 **Kasseler Manifest**

52

53 Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit setzt sich daher ein für:

54

- 55 1. Eine Verminderung der ungleichen Vermögens- und Einkommensverhältnisse
56 in Deutschland durch eine angemessene Besteuerung von großen Vermögen
57 und Erbschaften
- 59 2. Für eine faire Verteilung der Steuerlast gemessen am tatsächlichen Gewinn
60 von Personen und Unternehmen bei gleichzeitiger effektiver Bekämpfung von
61 Steuervermeidung und Wirtschaftskriminalität.
- 63 3. Für die Einführung von Steuern und Sozialversicherungsabgaben auf
64 Gewinne die durch spezialisierte, automatisierte Dienstleitungen und
65 Produktionsprozesse generiert werden
- 67 4. Für den Ausgleich von Nachteilen die durch Strukturwandel in industriellen
68 Fertigungsprozessen und durch die flächendeckende Einführung der
69 Digitalisierung im Rahmen einer globalisierten Wirtschaft für die Bevölkerung
70 entstehen können
- 72 5. Für die Aufhebung von Nachteilen insbesondere für Kinder aus
73 einkommensschwachen oder Transferleistungen beziehenden Familien
- 75 6. Für die Schaffung der strukturellen Rahmenbedingungen, die es auch
76 Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigem Einkommen ermöglichen, zu
77 erschwinglichen Mieten in guten städtischen Lagen eine Wohnung zu finden.
- 79 7. Für eine faire und angemessene materielle Würdigung einer langen
80 Erwerbsbiographie auch wenn diese wesentlich durch ein niedriges
81 Einkommen geprägt war
- 83 8. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Bürgerinnen und Bürger
84 als Verbraucher vor den übervorteilenden und betrügerischen
85 Machenschaften und Geschäftsmodellen lediglich an Profit ausgerichteter
86 internationaler und nationaler Konzerne und Wirtschaftsunternehmen
- 88 9. Für eine Stärkung und Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf
89 nationaler und europäischer Ebene
- 90
91 10. Für einen umfassenden auch kollektiven Schutz der Meinungsfreiheit und der
92 politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger, vor manipulativer

93 Ausnutzung der über das Internet und die Sozialen Netzwerke zur Verfügung
94 stehenden BIG DATA

96 11. Für die Kontrolle und Transparenz von Lobbying durch
97 Wirtschaftsunternehmen, Verbände und sonstige Interessengruppen und
98 Einzelpersonen

100 12. Für eine tatsächliche Steuerung des Staates durch die gewählte Regierung
101 selbst, nicht durch anonyme Berater und Beraterinnen.

103 13. Für die Stärkung demokratischer Prozesse, transparenter Strukturen und
104 transparenter inhaltlicher und personeller Entscheidungsfindung innerhalb
105 unserer Partei

107 14. Für eine effektive Bekämpfung der Ursachen und Folgen der weltweiten
108 Klimakatastrophe, insbesondere soweit diese auch soziale Konsequenzen für
109 Deutschland hat.

110
111 15. Für die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements im Interesse einer
112 solidarischen, kreativen Entwicklung der Gesellschaft.

113
114 Für jeden Mandatsträger und jede Mandatsträgerin oder den Inhaber oder die
115 Inhaberin eines Parteiamtes in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die
116 Orientierung des eigenen politischen Handelns an den obengenannten Inhaltspunkten
117 verpflichtend und muss sich daran messen lassen.

118